

STREICHEN BEI DEN REICHEN,

Preis: Spende

STATT SPAREN BEI DEN ARMEN!

**Bei den Wahlen für die Bezirksverordnetenversammlung
im Prenzlauer Berg am 10. Oktober 1999:**



Deine Stimme für die SAV!

Sozialistische Stadträte würden keine einzige Mark bei Jugendlichen, Beschäftigten, Arbeitslosen und sozial Benachteiligten einsparen. Im Gegenteil. Sozialistische Stadträte würde Arbeitsplätze schaffen, Mieten und Gebühren senken, Schulen und Kitas besser ausstatten, die Zerstörung der Umwelt bekämpfen und gegen jede Form von Diskriminierung eintreten.

Mit diesem Programm wollen wir darstellen, wie eine sozialistische Kommunalpolitik finanziert werden kann. Außerdem wollen wir einen Weg aufzeigen, wie wir dieses Geld erkämpfen können.

Mit diesem Programm wollen wir alle auffordern, nicht länger zuzusehen, sondern aktiv zu werden und sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen.

SAV

**Sozialistische
Alternative**

Warum die Kassen leer sind

Die Schulden der Kommunen steigen Jahr für Jahr, Monat für Monat, Tag für Tag. Berlin ist mit 60 Milliarden Mark verschuldet. Die Krise der öffentlichen Haushalte ist eine Krise der kapitalistischen Wirtschaft.

Die Kommunen sind davon doppelt betroffen: Zum einen steigen die Ausgaben im Zuge von Armut und Arbeitslosigkeit. Die Ausgaben für Sozialhilfe müssen von den Kommunen aufgebracht werden. Zum anderen sinken die Einnahmen.

Den Unternehmern wird über Steuergeschenke, Privatisierungen und Subventionen gegeben, was uns genommen wird: Daimler (ein Konzern, der keine Mark Steuern zahlen muß), bekam sein Gelände auf dem Potsdamer Platz für einen Spottpreis. Siemens, mit rund 17.500 Beschäftigten der größte industrielle Arbeitgeber Berlins, erhielt 800 Millionen Mark Subventionen für seine Chip-Fabrik in Dresden (im Geschäftsjahr 1997/98 konnte Siemens den operativen Gewinn auf 2,66 Milliarden Mark steigern). Um den Standort Berlin im Interesse des Kapitals attraktiver zu machen, läßt der SPD/ CDU-Senat Großflughafen, Tiergartentunnel und Transrapidstrecke bauen.

Auch unter Rot-Grün geht es da weiter, wo Kohl aufgehört hat.

Arbeit für alle!

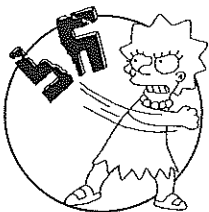
Berlin ist Hauptstadt - Hauptstadt der Arbeitslosen. Jeder sechste Berliner ist heute auf der Suche nach Arbeit. 10.000 SchulabgängerInnen sind ohne einen Ausbildungsplatz.

Obwohl tausende von Wohnungen fehlen, haben in Berlin allein 1997 mehr als 10.000 Bauarbeiter ihre Arbeit verloren.

An den Berliner Schulen fallen jede Woche 15.000 Überstunden an. Dafür könnten 600 Lehrkräfte eingestellt werden.

Ziel des Berliner Senates ist der Verkauf des gesamten öffentlichen Eigentums der Stadt. Unserer Meinung nach sind Privatisierungen Diebstahl an öffentlichen Eigentum. Privatisierungen sind immer zum Nachteil der arbeitenden Bevölkerung, egal ob als Kunden oder als Beschäftigte. Wo privatisiert wird, müssen nicht nur die eigentlichen Kosten bezahlt werden, sondern auch die Gewinne der privaten Unternehmer. Wir fordern:

- Erhalt aller Arbeitsplätze. Keine betriebsbedingten Kündigungen
- Stopp von Privatisierungen. Rücknahme aller bisherigen Privatisierungen
- Einstellung aller arbeitslosen ErzieherInnen und LehrerInnen. Kostenlose Kinderbetreuung bis zum 12. Lebensjahr
- Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich für alle städtischen Beschäftigten
- Für ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Bildung, Umwelt, Wohnungsbau und Soziales zur Schaffung von jährlich 20.000 Arbeitsplätzen in Berlin
- Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr
- Qualifizierte Ausbildungsplätze für alle. Unbefristete Übernahme im erlernten Beruf



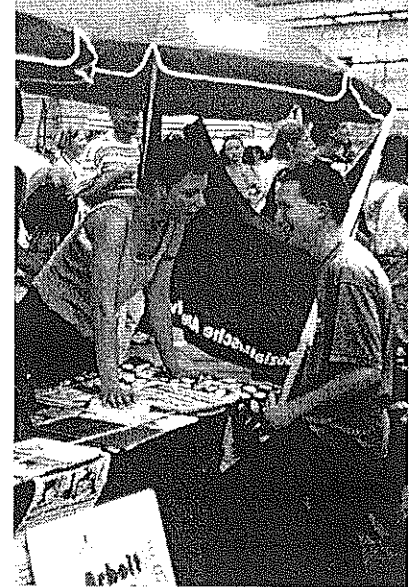
Stoppt Nazis und Rassisten!

Letztes Jahr gab es in Berlin offiziell 500 faschistische Straftaten. Eine Anlaufstelle für Neonazis ist der Laden „Harakiri“ in der Grellestraße im Prenzelberg.

Die rassistische Politik der etablierten Parteien ist Wasser auf die Mühlen der Neonazis. Das gilt für die Kampagne der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft; das gilt aber auch für Parolen wie „kriminelle Ausländer raus und zwar schnell“ (SPD-Schröder).

Nicht ImmigrantInnen schließen Betriebe oder erhöhen Mieten, sondern Unternehmer und Spekulanten. Wir dürfen uns nicht spalten lassen. Deutsche und nichtdeutsche ArbeiterInnen und Arbeitslose haben die gleichen Interessen. Wir fordern:

- Stopp aller Abschiebungen. Schließung aller Abschiebeknäste. Bleiberecht für alle
- Wahlrecht und gleiche Rechte für alle
- Mobilisierung gegen Nazi-Aktivitäten durch Gewerkschaften, PDS und antifaschistische Organisationen



Alexandra Arnsburg (Telekom-Azubi, Jugendvertreterin): „In den Gewerkschaften arbeiten wir mit oppositionellen Mitgliedern zusammen. In der ÖTV betätigen wir uns am „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“.“



Horst Steinert: „Als ehemaliger Widerstandskämpfer gegen die Nazis kämpfe ich heute mit der jungen Generation. Die SAV hat gemeinsam mit JRE (Jugend gegen Rassismus in Europa) Demos gegen die Kameradschaft Treptow und gegen den Abschiebeknast Grünau organisiert.“

Der Prenzlauer Berg darf kein Bonzenviertel werden

Mittelkürzungen bei den Jugendeinrichtungen, Schließung von Kitas, unbezahlbare Mieten für alternative Cafes und Clubs wie das Casa und das Cafe Westphal, das Aus für die Kulturbrauerei und den Franz-Club... Seit Anfang der neunziger Jahre ist jeder Zweite aus dem Prenzlauer Berg weggezogen. In vielen Fällen waren es Arbeiterfamilien, die dem Stadtteil den Rücken kehren mußten.

Für den Haushalt 1999 hat die BVV-Mehrheit unter Federführung von SPD-Bürgermeister Kraetzer den Etat für Jugend und Bildung um 50 Prozent gekürzt! Es wäre aber auch keine Lösung, beim Grünflächenamt an Stelle der Schulen zu sparen, wie es die PDS vorschlägt.

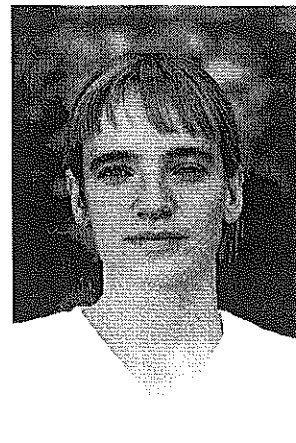
Die etablierten Parteien reden von Sachzwängen. Die SAV steht für eine andere Politik. Unsere „Sachzwänge“ sind die Bedürfnisse der Menschen und der Umwelt. Wir treten für einen bedarfsgerechten Haushalt ein.

Wenn der Senat mit Zwangsverordnungen droht, muß der Stadtteil mobilisiert werden, um dem Senat die notwendigen Zuschüsse abzurufen. Da alle Bezirke mit dem Rotstift konfrontiert sind, wäre ein gemeinsamer Kampf aller Bezirke nötig.

Um entschlossenen Widerstand zu organisieren, sollten wir Stadtteilkomitees aufbauen, regelmäßige Versammlungen in den Betrieben und Bezirken durchführen und unter Beteiligung der Gewerkschaften gemeinsame, bereichsübergreifende Demonstrationen auf die Beine stellen.

Wir fordern:

- Für einen bedarfsgerechten Haushalt
- Für die Mobilisierung aller Bezirke gegen die Rotstiftpolitik des Berliner Senates
- Nein zur Bezirksreform, die zu weiterem Stellenabbau und schlechteren Leistungen führt



Antje Zander,
Kandidatin der
SAV zur Bezirks-
verordnetenver-
sammlung im
Prenzlauer Berg:

„Wir lehnen Be-
reicherung und
Korruption ab.
Unsere Vertreter-
Innen verpflichten
sich, keine Privile-
gien anzunehmen
und die eigenen
Finanzen jährlich
offen zu legen.“

Geld ist genug da, nur in den falschen Händen!

CDU und SPD reden von Sparpolitik. Aber die CDSPDU betreibt keine Sparpolitik, sondern eine Umverteilungspolitik. Eine Umverteilungspolitik von unten nach oben. Hauptstadtbauten und Prestigeprojekte werden auf unserem Rücken ausgetragen. Der Großflughafen kostet 7 Milliarden Mark. Der Tiergartentunnel kostet 4,5 Milliarden. Hunderte von Millionen für diese Standortpolitik schenkt der Senat den Unternehmern über Zuschüsse der Stadt.

Der Gewerbesteuersatz Berlins ist bundesweit einer der niedrigsten. Die Banken verdienen sich an den Schulden der Stadt sogar noch eine goldene Nase. Tag für Tag kassieren die Banken mehr als zehn Millionen Mark an Zinsen von Berlin.

Wir fordern:

- Drastische Erhöhung der Gewerbesteuer. Keine Streichung der Gewerbeertragssteuer. Rücknahme der Streichung der Gewerkekapitalsteuer
- Ein Baustopp für alle Prestigeprojekte und Hauptstadtaufträge
- Verstaatlichung der Banken

Wut in Widerstand verwandeln

Es ist möglich, daß sich die Regierung am 10. Oktober ändert (Rot-Grün statt Große Koalition). Die Politik wird sich kaum ändern. Wie sehr sich SPD und Bündnis 90/ Grüne bereits angepaßt haben, zeigt die neue Bundesregierung unter Schröder und Fischer.

Leider hat die PDS ihre Unterstützung in den letzten Jahren kaum genutzt, um außerparlamentarischen Druck aufzubauen. Die PDS-Führung akzeptiert die Marktwirtschaft. Auf Kommunal- und Länderebene hat sie begonnen, Sozialabbau und Privatisierungen mitzutragen. Auch unter dem PDS-Jugendstadtrat Kleinert wurden im Prenzelberg Jugendeinrichtungen dichtgemacht.

Darum führt kein Weg daran vorbei, eine neue kämpferische, antikapitalistische Partei für Beschäftigte, Jugendliche und sozial Benachteiligte aufzubauen. Die SAV will einen Anfang machen.

Stell dir vor...

Siemens und alle anderen Großkonzerne sind enteignet. An der Spitze stehen demokratisch gewählte Vertretungen der Belegschaften. In Berlin ist kein Mensch mehr arbeitslos. Die Arbeit wurde auf alle aufgeteilt. Die Pläne für den Umzug der Bundeshauptstadt und für den Großflughafen konnten gestoppt werden. Ein Museum wird eröffnet, das an die Pläne erinnert: das Museum für Standortpolitik und Größenwahn.

Die U-Bahn fährt wieder oberirdisch. Frauen brauchen keine Angst mehr haben, am Ostkreuz umzusteigen. In der Spree kann man wieder baden und prächtige Fische angeln. Das Hotel Adlon ist ein StudentInnenwohnheim. Die Galerie Lafayette ist eine Kindertagesstätte. Nach Marzahn trauen sich keine Nazis mehr rein, falls es noch welche geben sollte. Jede Straße hat ihren Jugendclub. In jeder Schule gibt es kostenlose Verhütungsmittel. Die BZ ist pleite. Schön war's.

Viele PDS-Mitglieder sind bereit, sich zur Wehr zu setzen. Die SAV wird der PDS weiterhin Angebote machen, gegen Sozialabbau oder Rassismus gemeinsam zu kämpfen.

In Berlin kann die Demokratische Linke (DL) ein Ansatzpunkt in Richtung neuer politischer Interessenvertretung für die arbeitende Bevölkerung sein. Die DL ist ein Zusammenschluß von ehemaligen linken PDS-, SPD- und Grünen Mitgliedern und AktivistInnen. Die SAV tritt nicht eigenständig zu den Wahlen für das Abgeordnetenhaus an, sondern unterstützt die Kandidatur der DL und ruft dazu auf, am 10. Oktober bei den Abgeordnetenhaus-Wahlen für die DL zu stimmen. Im Prenzlauer Berg wird Antje Zander (SAV) als Direktkandidatin der DL antreten.

Nach dem Wahltag drohen neue Etatkürzungen in den Bezirken und ein Sparhaushalt für das Jahr 2000. Um uns nicht gegeneinander ausspielen zu lassen, könnte ein berlinweiter Streik- und Protesttag, organisiert von der ÖTV, ein Auftakt für wirksame Gegenwehr sein.

Bisher wurde die ÖTV-Führung aber nur auf Initiativen der Basis aktiv. Darum kommen wir am Aufbau von oppositionellen Strukturen nicht vorbei, um aus den Gewerkschaften echte Kampforganisationen zu machen.

Wir dürfen uns nicht damit abfinden, daß der finanzielle Spielraum Berlins vom Bund immer weiter eingeschränkt wird. Mit dem Wettkampf der Städte in Standortfragen muß Schluß sein. Nötig wäre ein gemeinsamer Kampf gegen Bund und Kapital.

Dafür kämpft die SAV:

- Überführung der Banken und Großkonzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Personen in Leitungsfunktionen. Für einen durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn
- Für eine demokratische Planwirtschaft

„Sozialismus ist Notwendigkeit geworden“ (Rosa Luxemburg)

Berlin steckt in einem Teufelskreis: Die Massenarbeitslosigkeit führt zu Steuerausfällen. Steuerausfälle und Hauptstadtlasten führen zur Schuldenexplosion. Die Schuldenexplosion führt zu weiterem Arbeitsplatzabbau, und damit zu weiteren Steuerausfällen usw. usf. Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch System. Das System heißt Kapitalismus.

Dieses System wird immer schmarotzerischer. Das Kapital drängt verstärkt auf die Plünderung öffentlichen Eigentums, weil es nicht mehr genug profitable Anlagemöglichkeiten in der Warenproduktion findet. Im Zuge des internationalen Wirtschaftsabschwungs wird sich die kapitalistische Krise weiter verschärfen.

Darum verbindet unsere Partei den Kampf um Reformen mit dem Kampf für eine grundlegend andere, sozialistische Gesellschaft. Unserer Meinung nach ist in der DDR nicht der Sozialismus, sondern der Stalinismus gescheitert. Denn eine geplante Wirtschaft braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Dank Staatseigentum und Planwirtschaft mußte sich niemand um Ausbildung, Arbeitsplatz und Rente Sorgen machen. Aber im SED-Regime herrschte die Diktatur einer abgehobenen, privilegierten Bürokratie.

In einer sozialistischen Demokratie würden die verstaatlichten Betriebe von jederzeit abwählbaren VertreterInnen der arbeitenden Bevölkerung kontrolliert und verwaltet werden. Wenn die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und



Josi, Leonie und Vivien: „Am 29. April haben wir einen SchülerInnenstreik gegen den Krieg auf dem Balkan auf die Beine gestellt. Mit diesem SchülerInnenstreik haben wir sowohl gegen Bundeswehr und NATO protestiert, als auch gegen Milosevic und alle anderen reaktionären Regime in der Region.“

Arbeitskräfte vernünftig genutzt würden, müßte kein Mensch arbeits- oder obdachlos sein und mit dem Raubbau an der Natur könnte ein für alle mal Schluß gemacht werden.

Oft bekommen wir zu hören: „Eure Ideen klingen ja gut, aber ist der Mensch nicht zu egoistisch für den Sozialismus?“ Der Mensch hat verschiedene Eigenschaften. Die heutige Konkurrenzwirtschaft fördert Egoismus. Aber in einer Gesellschaft, in der der mörderische Wettbewerb aufgehoben ist, in der Armut und Arbeitslosigkeit beseitigt sind, wird eine solidarische Welt möglich sein.

Mach mit bei der SAV!

Die SAV ist eine bundesweit organisierte, demokratische Partei. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiter-internationale“ zusammengeschlossen.

- Ich möchte weitere Informationen
- Ich möchte im Wahlkampf helfen
- Ich möchte Mitglied der SAV werden

Name:

Anschrift:

.....

Telefon:



**SAV Berlin,
Schönhauser Allee 26a,
10435 Berlin
Tel./Fax: 030 / 4408429
Treffen: Jeden Montag,
19 Uhr, im „Kiezclub“,
Jablonskistr. 26,
Prenzlauer Berg. Tram
1/20.**

Spendenkonto: K. Raetz,
Kto. 1824525148, Berliner
Sparkasse, BLZ 10050000.
ViSdP: A. Amm, c/o SAV
Berlin.

Internet: <http://www2.rz.hu-berlin.de/%7eh0444udk/>